

tivere Betrachtungsweise gegenüber dem Irak zu eigen machen möge. (XNA in SWB, 17.10.95) -we-

\*(7)

### Chinesisches Vertreterbüro im Ghaza-Streifen

Anläßlich einer Reise nach Israel, Jordanien und in das neu entstehende Palästina besuchte der Stellvertretende Außenminister Tian Zengpei am 3. November die Stadt Ghaza, wo er mit Yasir Arafat zusammentraf. Tian war der erste hochrangige chinesische Vertreter, der in das Palästinensische Autonome Gebiet kam, seit die PNA (Palestinian National Authority) 1994 errichtet worden ist. Tian teilte Arafat den Beschluß Beijings mit, in Ghaza ein Vertretungsbüro einzurichten (offensichtlich eine Art Vor-Botschaft) und weiterhin den nächstlichen Friedensprozeß zu unterstützen. Außerdem sagte die VR China ein Geschenk von 8 Mio.RMB (rund 1 Mio.US\$) zu. (XNA in SWB, 6.11.95) - we-

\*(8)

### Afrikanreise Li Lanqings

Am 27. Oktober trat der Stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing eine Reise in sechs afrikanische Staaten an, nämlich nach Mali, Guinea, Senegal, Gabun, Kamerun und Elfenbeinküste. Afrika befinde sich zur Zeit im Übergang zu einer "neuen Ära", betonte er bei Antritt seiner Reise: die dortigen Staaten suchten verstärkt nach "Stabilität und Entwicklung", befänden sich also auf einem ähnlichen Weg wie die VR China. (XNA, 28.10.95) Besonders solle sich der Kontinent um mehr Einheit und um intensiviertere Zusammenarbeit bemühen. China wolle alles in seinen Kräften Stehende tun, um diesen Prozeß zu unterstützen.

Besuche dieser Art geben dem Beobachter Rätsel auf: er arbeitet sich durch eine Fülle von Meldungen - immer in der Hoffnung, daß dabei aufschlußreiche Einzelheiten oder zumindest verdeckte Hinweise auftauchen. Doch es geschieht nichts, außer daß die Delegation kommt, freundliche Worte austauscht und sich wieder verabschiedet.

Möglicherweise will China mit solchen Afrika-Besuchen eine Haltung demonstrieren, die sich in Worten etwa folgendermaßen ausdrücken ließe: "Nie-

mand in der Welt kümmert sich mehr um die Afrikaner. Nur wir, die Chinesen, sind an euch nach wie vor interessiert. Wir halten euch für eine "wichtige Kraft im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der internationalen Beziehungen". (So z.B. XNA, 28.10.95; zur chinesischen Afrika-Politik vgl. auch C.a., 1995/5, Ü 5 und August 1994, Ü 4) -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

\*(9)

### 40. Jahrestag der Gründung der "Autonomen Region Xinjiang": Warnung vor separatistischen Kräften

Die chinesische Führung hat mit aufwendigen Feierlichkeiten der Gründung der muslimisch geprägten "Autonomen Region Xinjiang" am 1. Oktober 1955 gedacht. In den Parteimedien wurden die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte gefeiert. Zugleich wurde in scharfer Form vor separatistischen Kräften, die "das Vaterland spalten" wollen, gewarnt. Aufgrund der wirtschaftlichen Rückständigkeit und der instabilen inneren Lage in Xinjiang hat Beijing in den letzten Jahren seine direkte politische Kontrolle und die Militärpräsenz in der Region verstärkt.

Eine hochrangige Delegation der Beijinger Zentralregierung stattete der Region aus Anlaß des Jahrestages einen offiziellen Besuch ab. Die Delegation wurde vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Jiang Chunyun angeführt. Jiang pries die herausragende Rolle der Volksbefreiungsarmee, der Bewaffneten Volkspolizei sowie des aus 2,2 Mio. Männern und Frauen bestehenden paramilitärischen Produktions- und Aufbaukorps, dem die wirtschaftliche Erschließung und Sicherung der Grenzregionen zukommt. (Xinhua, 1.10.95)

Der von Beijing eingesetzte Parteisekretär der "Autonomen Region", Wang Lequan, hob in einer Rede hervor, daß der Kampf mit separatistischen Kräften noch über einen längeren Zeitraum anhalten würde. Für die Wahrung der nationalen Einheit und für die wirtschaftlichen Fortschritte seien die Volksbefreiungsarmee, das Produktions- und Aufbaukorps sowie die von der Zentral-

regierung in Xinjiang errichteten Staatsunternehmen entscheidend. (Xinjiang Ribao, nach SCMP, 7.10.95)

In Xinjiang leben nach offiziellen Angaben insgesamt 16,3 Mio. Menschen. Die Mehrheit stellen Angehörige verschiedener muslimischer Volksgruppen. Die han-chinesischen Einwanderer machen mit 6,1 Mio. knapp 38% der Bevölkerung aus. Unter den in Xinjiang eingesetzten Verwaltungs- und Parteikadern sollen sich heute 270.000 Angehörige nicht-chinesischer Volksgruppen finden, etwa 47% der Gesamtzahl. Auf den höheren Verwaltungsebenen (Provinz- und Kreisstufe) sollen nicht-chinesische Kader sogar mehr als zwei Drittel der Leitungsfunktionen einnehmen. (XNA, 26.10.95) -hei-

\*(10)

### Lobbyisten für Westchina: Neue Organisation vertritt die Interessen der Binnenregionen

Organisationen, die die Interessen einzelner chinesischer Großregionen gegenüber Beijing vertreten, haben in den letzten Jahren an Bedeutung für die Festlegung regionalpolitischer Schwerpunkte durch die Zentralregierung gewonnen. Bereits Mitte und Ende der achtziger Jahre wurden Kooperationszusammenschlüsse zwischen mehreren Provinzen und Autonomen Regionen begründet: die Südwestchinesische Vereinigung für regionale ökonomische Koordination, die Nordostchinesische Wirtschafts- und Technologievereinigung und der Nordwestchinesische Rat für Wirtschaftskooperation. Diese Zusammenschlüsse, die eine Zwischenebene zwischen Provinzfürhungen und Zentralregierung darstellen, gewinnen in wirtschafts- und finanzpolitischen Verhandlungen mit der Beijinger Zentrale allmählich an Gewicht.

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, daß kürzlich eine weitere Organisation gegründet wurde, die sich der wirtschaftlichen Interessen der westlichen Regionen annehmen will: Der Rat für Studium und Förderung der Entwicklung Westchinas. Die Organisation wurde von mehreren hochrangigen Veteranenfunktionären initiiert, die aus den Westregionen stammen oder dort lange Zeit arbeiteten. Präsident des Rates ist Wang Enmao (Jg. 1912), der sich als Teilnehmer am "Langen Marsch" (1934/35) und wegen seiner Erfahrungen in Militär und Partei auf ein breites

Beziehungsgeflecht stützen kann. Wang verfügt über jahrzehntelange Arbeitserfahrung in Xinjiang und hat wesentlich am Aufbau der dortigen politischen und militärischen Strukturen mitgewirkt.

Der Rat versteht sich als Konsultativorgan für Partei und Staat und widmet sich den Provinzen bzw. Autonomen Regionen Sichuan, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Yunnan, Guizhou, Xinjiang, Tibet und Ningxia. Diese Gebiete umfassen 55% der Landfläche Chinas und eine Bevölkerung von 270 Mio. Menschen.

Die Organisation soll zur wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Regionen und zur Entwicklungskooperation mit den ostchinesischen und zentralchinesischen Regionen beitragen. Ziel sei es, schrittweise allgemeinen Wohlstand zwischen verschiedenen Regionen und ethnischen Gruppen herzustellen. (XNA, 10.10.95) -hei-

\*(11)

#### Petitionen von Dissidentengruppen aus den Provinzen

Nach Meldungen der Hongkonger *South China Morning Post* haben Dissidentengruppen aus den Provinzen Sichuan und Zhejiang im Oktober Petitionen an die Partei- und Staatsführung gerichtet, in denen eine Beendigung der politischen Unterdrückung gefordert wird. (SCMP, 20./ 23.10.95)

Zwölf Dissidenten aus der Küstenprovinz Zhejiang (darunter ein Privatunternehmer, der bereits 1989 politisch aktiv war) forderten Partei- und Staatsoberhaupt Jiang Zemin sowie den Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses Qiao Shi dazu auf, die Freilassung aller politischer Gefangener in die Wege zu leiten. Dies wäre "ein Akt wahrer Reform, der die Rechte des Volkes wiederherstellt, die durch die chinesische Verfassung und durch die Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen geschützt sind".

In ähnlicher Weise riefen neun Aktivisten aus der südwestchinesischen Provinz Sichuan (darunter mehrere Protagonisten der regionalen Proteste von 1989) Jiang Zemin vor dessen Amerikareise dazu auf, die Menschenrechtssituation in China zu verbessern: "Es ist Ihre Pflicht, die soziale Harmonie zu gewährleisten". Die politische Verfolgung müsse ein Ende haben. Wei Jing-

sheng, Liu Nianchun, Wang Dan und Chen Ziming sollten unverzüglich freigelassen werden.

Im Zusammenhang mit vergleichbaren Petitionsaktionen sind seit diesem Frühjahr schätzungsweise mehr als zehn chinesische Dissidenten inhaftiert worden. Viele andere wurden zeitweise in Untersuchungshaft genommen und wiederholt strengen Verhören unterzogen. (Siehe C.a., 1995/5, S.369-370) Bemerkenswert ist, daß sich der Schwerpunkt der oppositionellen Aktivitäten im Laufe dieses Jahres von Beijing in die Provinzen verlagert hat, wo die politische Kontrolle zum Teil weniger scharf zu sein scheint als in der Hauptstadt. Wie groß das oppositionelle Potential in den Provinzhauptstädten ist, läßt sich kaum bestimmen. Bislang konnten die Sicherheitsorgane offenbar eine Allianzenbildung zwischen Dissidentenzirkeln und unzufriedenen Arbeitern verhindern. Erst eine solche Allianz würde eine ernsthafte politische Bedrohung für die Kommunistische Partei darstellen. -hei-

\*(12)

#### Bericht des Polizeiministers: Differenzierte Einschätzung der Sicherheitslage

Der Minister für Öffentliche Sicherheit (Polizeiminister), Tao Siju, legte im Oktober dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK) einen ausführlichen Bericht zur Lage der öffentlichen Ordnung und zur Entwicklung der Kriminalität in China vor. In den letzten Jahren war der Polizeiminister mehrfach im NVK wegen der Zunahme der Kriminalität kritisiert worden.

Tao Siju verwies auf Erfolge der Polizeiarbeit. Die öffentliche Ordnung sei grundsätzlich stabil. Die Kriminalitätsstatistik weise für das erste Halbjahr 1995 erstmals seit vier Jahren wieder einen Rückgang der Zahl der Delikte (-3,6%) aus. Bedenklich seien allerdings die Zunahme der Gewalt- und Wirtschaftskriminalität, die vielen physischen Angriffe auf Polizisten sowie die Zunahme von Prostitution und Drogenkriminalität, die "die Gesellschaft vergiften". In einigen Regionen und Städten sei die Lage der inneren Sicherheit nicht zufriedenstellend. Wo die Kriminalitätskontrolle nicht wirksam sei, könnten organisierte Verbrecherbanden ihr Unwesen treiben.

In keinem Falle sei es angemessen, die heutige Situation in vereinfachender Weise mit der Situation vor Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik zu kontrastieren. Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die seitdem in China stattgefunden haben, könne man mit der Lage der öffentlichen Sicherheit zufrieden sein. Nur dank der grundsätzlich stabilen öffentlichen Ordnung hätten die Belastungen etwa durch Preis- und Steuerreformen in den letzten Jahren nicht zu sozialer Destabilisierung geführt. (Xinhua, 28.10.95) -hei-

\*(13)

#### Gewaltverbrechen gegen Ausländer

Im Oktober häuften sich Meldungen über gegen Ausländer gerichtete Gewalttaten:

- In Beijing wurde am 30. September auf dem Tiananmen-Platz eine deutsche Touristin niedergestochen. Die 59jährige war Mitglied einer Reisegruppe. Sie wurde von einer vermutlich geistesgestörten jungen Chinesin mit zwei Messerstichen in Rücken und Arm schwer verletzt. Die Täterin tauchte nach der Attacke sofort in der Menge unter und konnte nicht gefaßt werden, obwohl sich zur Tatzeit auf dem Tiananmen-Platz eine große Zahl von Polizisten in Zivil aufhielt. Die deutsche Touristin wurde ins Xiehe-Hospital gebracht und dort operiert. Die Operation wurde erst eingeleitet, nachdem die Reiseleitung die Finanzierung der Operation und des Krankenhausaufenthalts garantiert und eine Vorauszahlung geleistet hatte. (SCMP, 3.10.1995)
- In der Nähe des Taishan in der Provinz Shandong wurde Ende September die Leiche eines französischen Touristen entdeckt. Der 45jährige Biologe war dem Obduktionsergebnis zufolge elf Tage zuvor erdrosselt worden. (LM, 20.10.95)
- Am 12. Oktober wurde in seinem Beijinger Hotelzimmer (Jingguang Centre) ein hochrangiger Beamter des italienischen Außenhandelsministeriums ermordet aufgefunden. Dem 63jährigen war der Schädel eingeschlagen worden. Der zunächst geäußerte Verdacht, daß der Beamte sich mit einer Prostituierten eingelassen haben und bei einem Streit mit

deren Zuhälter umgebracht worden sein könnte, bestätigte sich nicht. Die Hintergründe der Tat sind noch ungeklärt. (NZZ, 14./15.10.95)

- Im September sind in Xi'an zwei japanische Geschäftsleute nachts in ihrem Hotelzimmer ermordet worden. Im Frühjahr waren, so die *Neue Zürcher Zeitung*, "mehrmals deutsche und amerikanische Geschäftsleute in einer nachts sehr lebendigen Zone im Nordosten von Peking niedergestochen worden." Die Mehrzahl dieser Fälle soll mit dem dortigen Prostitutionsmilieu in Verbindung gestanden haben. (NZZ, 14./15.10.95)

Die Gewaltkriminalität hat in China offiziellen Statistiken zufolge in den letzten Jahren stark zugenommen, richtete sich bisher aber nur in Ausnahmefällen gegen Ausländer. Allmählich scheinen jedoch die Hemmschwellen im Hinblick auf Gewalttaten gegen Ausländer zu sinken. Auch die drakonische Verfolgung und Bestrafung solcher Taten durch die chinesische Justiz scheint weniger abschreckend zu wirken.

Sofern die jüngsten Vorfälle nicht eine grundsätzliche Neuentwicklung signalisieren, sondern nur eine zufällige Häufung von Gewalttaten gegen Ausländer darstellen, bleibt allerdings festzuhalten, daß die VR China im internationalen Vergleich immer noch zu den sicheren Reise- und Gastländern gehört. -hei-

\*(14)

#### Schritte zur Reorganisation des Verwaltungssystems

Seit 1993 bemüht sich die chinesische Führung um eine Straffung des Verwaltungsapparats und um eine Reduzierung der Zahl von Behörden und Personal. Ein umfassender Funktionswandel der Verwaltung (von der Kontroll- zur Dienstleistungsverwaltung) und die allgemeine Effizienzsteigerung der Verwaltungstätigkeit sind das Ziel.

Nach offiziellen Angaben hat die Verwaltungsreform inzwischen Fortschritte erzielt. Das in den verschiedenen Behörden der Zentralregierung tätige Personal sei um insgesamt 20.000 Beamte reduziert worden. Auf regionaler und lokaler Ebene sei das Behördenpersonal sogar um mehr als 2 Mio. verkleinert worden. Administrative Doppelstrukturen (Behörden, die mit ähnlichen Aufgaben betraut sind) seien bereinigt wor-

den, die Trennung von staatlicher Wirtschaftsverwaltung und dem Management staatlicher Unternehmen komme voran. Sowohl in der Zentralregierung als auch in den Provinzregierungen sei die Zahl der nachgeordneten Behörden deutlich reduziert worden. In mehreren Provinzen sei die Organisationsreform bereits abgeschlossen, auch wenn die Neuordnung der Wirtschafts- und Unternehmensverwaltung vielerorts noch Probleme bereite. (XNA, 18.10.95; Xinhua, 15.9.95) -hei-

---



---

## Kultur und Gesellschaft

---



---

\*(15)

#### Wissenschaftsplan für gesellschaftliche Entwicklung

Die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik hat kürzlich einen "Wissenschafts- und Technikplan für die gesellschaftliche Entwicklung" veröffentlicht, der für die kommenden fünf Jahre gilt. Das Programm soll dazu beitragen, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern, und eine koordinierte Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft gewährleisten. Es umfaßt sechs Aktionspläne, und zwar für die Entwicklung neuer Medikamente, Umweltschutz, Wohnungswesen, Entwicklung von Meeresressourcen, Recycling und gesellschaftliche Entwicklung. Auf dem Gebiet der Pharmazie sollen zehn ausgewählte Typen neuer Arzneien für den allgemeinen Gebrauch entwickelt werden; ferner sollen je fünf Zentren für die Auswahl, Begutachtung und klinische Anwendung von Medikamenten errichtet werden; auch hinsichtlich Geburtenkontrolle, Gesundheitswesen und Verminderung von Katastrophen soll die wissenschaftlich-technische Arbeit intensiviert werden. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes soll vor allem die Wasserqualität verbessert werden (ein Viertel der städtischen Bevölkerung Chinas hat kein hygienisch einwandfreies Wasser zur Verfügung - SCMP, 7.10.95), außerdem sollen Projekte für saubere Produktion und saubere Energiesysteme in Angriff genommen werden, z.B. Entschwefelung von Rauch und Recyceln von Rohstoffen. Um die für eine nachhaltige Entwicklung notwendigen Rohstoffe zu sichern, soll insbesondere Wissenschaften und Techniken zur Prospektierung von mineralischen Rohstoffen, Meeresressourcen

und natürlichen Rohstoffen im Westen Chinas Beachtung geschenkt werden. Die Grundlagenforschung soll für den Aufbau eines globalen Datensystems, die verbreitete Anwendung eines telemetrischen geologischen Informationssystems und den Aufbau eines nationalen Datennetzes für nachhaltige Entwicklung die Voraussetzungen schaffen. (XNA, 12.10.95)

"Nachhaltige Entwicklung" ist auch in China mittlerweile zum Schlagwort geworden. In seiner Abschlußrede auf dem 5. Plenum des XIV. ZK am 28. September 1995 widmete sich Jiang Zemin in Punkt 3 diesem Thema. Eine wichtige strategische Aufgabe bei der Modernisierung sei nachhaltige Entwicklung, sagte er. Es komme darauf an, die wirtschaftliche Entwicklung mit der Entwicklung der Bevölkerung, der Ressourcen und der Umwelt zu koordinieren, d.h. das Bevölkerungswachstum müsse eingeschränkt, mit den Ressourcen sparsam umgegangen und die Umwelt geschützt werden (vgl. RMRB, GMRB, 9.10.95).

Auf einer gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Wissenschafts- und Technikplans für die gesellschaftliche Entwicklung stattfindenden Tagung der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik wurde ebenfalls darauf hingewiesen, daß nachhaltige Entwicklung eine wichtige Rolle spiele. Zugleich aber wurde betont, daß für China als Entwicklungsland weiterhin die Wirtschaft im Mittelpunkt stehen müsse, wenn China sein Ziel der Ver vierfachung des Bruttosozialprodukts zwischen 1980 und 2000 und das Ziel, bis Mitte des nächsten Jahrhunderts ein entwickeltes Land mittleren Niveaus zu sein, erreichen wolle. Unter der Voraussetzung, daß weiterhin hohes und schnelles Wirtschaftswachstum garantiert sei, strebe man einen vernünftigen Umgang mit den Ressourcen und die Verbesserung der Umweltqualität an. (RMRB, 12.10.95) Die hier zum Ausdruck kommende Haltung verdeutlicht, daß es der Partei in erster Linie auf die Verbesserung des materiellen Lebensstandards der Bevölkerung ankommt. Bei einer stärkeren Betonung nachhaltiger Entwicklung müßten zweifellos in bezug auf den Lebensstandard Abstriche gemacht werden. Solche aber sind im Grunde unwillkommen, denn die Partei glaubt einen wesentlichen Teil ihrer Legitimation gerade aus den verbesserten materiellen Lebensverhältnissen, die angeblich nur sie gewährleisten kann, beziehen zu müssen. -st-